

# Wer wird Soldat?

## Zur Motivation von jungen Menschen, Soldat zu werden und an Kriegseinsätzen teilzunehmen

von Jonna Schürkes

Die Aussetzung der Wehrpflicht im Juni 2011 hat nicht nur das Rekrutierungsproblem der Bundeswehr verstärkt. Es scheint sich auch jener Trend zu verstärken, dass vor allem solche Menschen sich als Soldat verpflichten, die für sich geringere Chancen auf dem zivilen Arbeitsmarkt sehen. Obwohl das Thema der sozioökonomischen Herkunft der Soldaten sowohl im Militär, in den Medien als auch im Bundestag debattiert wird, werden in Deutschland hierzu - im Gegensatz zu den USA - keine Daten veröffentlicht. Das Thema ist allerdings für die friedenspolitische und antimilitaristische Arbeit zu wichtig, als dass man es aufgrund der fehlenden Datenlage einfach beiseite lassen könnte.

Für den vorliegenden Artikel wurden Aussagen von Militärs und Verteidigungspolitikern, Umfrageergebnisse zur Motivation junger Menschen, zur Bundeswehr zu gehen, und aufgrund von Anfragen im Bundestag sporadisch veröffentlichte Daten zusammen getragen. Insgesamt bestätigt sich die Vermutung, dass in den meisten Fällen eine gewisse Perspektivlosigkeit Voraussetzung dafür ist, dass sich jemand als Soldat verpflichtet und damit die Gefahren der zunehmenden Auslandseinsätze auf sich nimmt.

### „Wer Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr“

Das „Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr - ZMS“ (früher Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI)) führt seit 2004 regelmäßig Umfragen unter 15 bis 24jährigen durch, in denen diese zu ihrer Bereitschaft, Soldat zu werden, befragt werden. Die Umfragen dienen der Bundeswehr in erster Linie dazu, ihre Rekrutierungsstrategien zu verbessern.

Vor allem die anfangs veröffentlichten Umfragen zeigten, dass ein erheblicher Teil derjenigen, die sich als Soldat bei der Bundeswehr verpflichteten, dies aus Angst vor der Arbeitslosigkeit taten. Die 2005 verabschiedeten Hartz-IV Gesetze und der durch sie aufgebaute massive Druck v.a. auch auf junge Arbeitslose jeden Job anzunehmen, wurden von der Bundeswehr genutzt, um Nachwuchs zu rekrutieren.<sup>1</sup>

Die im Dezember 2013 veröffentlichte ZMS-Studie untersucht, wie viele Jugendliche sich vorstellen können, eine Mannschaftslaufbahn bei der Bundeswehr einzuschlagen.<sup>2</sup> Die Umfrageergebnisse sind nicht so eindeutig wie noch in den Studien zuvor. Dies liegt vermutlich auch daran, dass Jugendliche heute weniger Angst haben, keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden. Dennoch zeigt sich erneut, dass vor allem Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss in Erwägung ziehen, Soldat zu werden.

Als Gründe für ein grundsätzliches Interesse an einer Laufbahn bei der Bundeswehr werden in erster Linie „Gesichertes Einkommen“, „Neues Lernen/Erfahrungen sammeln“, „Sicherer Arbeitsplatz/Ausbildungsplatz“, „Wenn in der freien Wirtschaft kein Ausbildungsplatz zu finden ist“ genannt. Die Auslandseinsätze sind hingegen mit Abstand das wichtig-

ste Argument, kein Soldat zu werden, gefolgt von „Widerspricht (z.B. religiösen) Überzeugungen“ und „Andere berufliche Pläne, Zeitverlust“.

Aus den jüngsten Umfrageergebnissen ergibt sich damit erneut das Bild, das bereits Vorgängerstudien gezeichnet haben:

Es zeigt sich, „dass die Streitkräfte als Arbeitgeber vor allem für diejenigen in Frage kommen, die geringe sonstige berufliche Chancen besitzen. Umgekehrt verfügen die allermeisten, die für sich eine Tätigkeit in den Streitkräften ausschließen, über ihnen geeigneter erscheinende Möglichkeiten. Die Jugendlichen, die bereits eine Ausbildung oder einen Beruf haben, der ihnen zusagt, entwickeln in der Regel kein Interesse am Soldatenberuf. Zugespielt formuliert heißt das: Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr“,<sup>3</sup> so beschreiben es Nina Leonhardt, Dozentin an der Führungsakademie der Bundeswehr und Heiko Biehl, Leiter des Forschungsbereichs Militärsoziologie am ZMS.

### Der „Freiwilligen-Wehrdienst“: nur wenn's sein muss

Nicht nur diejenigen, die sich gegebenenfalls als Soldat verpflichten würden, sondern auch diejenigen, die sich für den „Freiwilligen Wehrdienst“ (FWD) entscheiden, tun dies offenbar weniger, weil sie von der Sinnhaftigkeit eines Militärdienstes überzeugt sind – sobald sich jedenfalls eine zivile Alternative bietet, springen viele wieder ab. Der FWD, der mit der Aussetzung der Wehrpflicht geschaffen wurde, gilt der Bundeswehr als wichtiges Instrument, um ausreichend Nachwuchs zu gewinnen. Jedes Jahr sollen mehr als 12000 Freiwillige rekrutiert werden, die sich für sechs bis 23 Monate verpflichten und – anders als Wehrpflichtige – auch in den Auslandseinsatz geschickt werden.

Im ersten Jahr des FWD bewarben sich noch auseichend junge Menschen für den Dienst, was allerdings v.a. auf die doppelten Abiturjahrgänge zurückzuführen war. In den darauf folgenden Jahren waren die Bewerberzahlen deutlich geringer.<sup>4</sup> Innerhalb der ersten sechs Monate können die Freiwillig Wehrdienstleistenden (FWDL) die Bundeswehr jederzeit wieder verlassen. Von dieser Möglichkeit machten seit Beginn des Dienstes mehr als 25 Prozent Gebrauch.<sup>5</sup> Als Grund für den Abbruch gaben 34 Prozent an, zwischenzeitlich eine zivilberufliche Alternative, also zum Beispiel eine Ausbildungsstelle oder einen Studienplatz, gefunden zu haben. Auch FWDLer, die die Probezeit schon hinter sich haben, versuchen dem Bericht des Wehrbeauftragten zufolge aus der Bundeswehr auszusteigen, wenn sich ihnen eine Alternative bietet.<sup>6</sup> Am FWD zeigt sich, wie schwer der Bundeswehr die Rekrutierung von Nachwuchs fällt. Aus diesem Grund hat das Verteidigungsministerium die angestrebte Zahl an FWDLern schon auf 5000 gesenkt.<sup>7</sup>

### Enge Kooperation mit den Arbeitsagenturen

In der Hoffnung, wenigstens jene Jugendlichen rekrutieren zu können, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, kooperiert die Bundeswehr seit Jahren eng mit den Arbeitsagenturen. So unterzeichneten die Bundeswehr und die Bundesagentur für Arbeit im Februar 2010 ein Abkommen, in dem sie vereinbarten, „durch Optimierung der Kommunikati-

onsmöglichkeiten zwischen der Wehrdienstberatung und den personalwerblichen Zielgruppen über die BA die Rahmenbedingungen zur Personalgewinnung für die Bundeswehr zu verbessern“ – kurz gesagt: die Arbeitsagenturen sollen die Bundeswehr aktiv bei der Rekrutierung unterstützen. Dazu soll zum einen die Präsenz der Bundeswehr in den Arbeitsagenturen weiter erhöht werden, zum anderen sollen Angestellte der Arbeitsagenturen von der Bundeswehr im Rekrutieren fortgebildet werden. So besuchten 2014 Mitarbeiter der Arbeitsagenturen in Baden-Württemberg eine Kaserne, um sich „hautnah, sogar mit Waffenschau über berufliche Perspektiven, die die Bundeswehr bieten kann“, zu informieren.<sup>8</sup>

Die enge Kooperation zwischen Bundeswehr und Arbeitsagenturen zeigt sich auch in Personalfragen: So wurde die Kooperationsvereinbarung von Seiten der Bundesagentur von ihrem Chef Frank Jürgen Weise unterzeichnet, der zum damaligen Zeitpunkt auch Vorsitzender der Strukturkommission der Bundeswehr war, die im Auftrag des Verteidigungsministeriums die Strukturreform der Bundeswehr vorbereiten sollte.

Mit der Abschaffung der Wehrpflicht wurden auch die Kreiswehrrersatzämter geschlossen und so genannte „Karriereberatungsbüros“ – 110 ständige und mehr als 200 mobile Büro – eingerichtet. Mindestens in 18 Städten befinden sich die ständigen Karriereberatungsbüros in denselben Gebäuden wie die Arbeitsagenturen,<sup>9</sup> die mobilen Beratungsbüros bieten regelmäßig Informationsveranstaltungen in den Räumen der Arbeitsagenturen an, die diese dann auch bewerben.

## Fazit

Geht es nach dem Willen des Bundespräsidenten Joachim Gauck und der aktuellen Bundesregierung, wird die Bundeswehr in Zukunft noch mehr Soldaten in Kriegseinsätze schicken. Die Frage, warum junge Menschen in diese Kriege ziehen, ist zu wichtig um ihre Beantwortung alleine der Bundeswehr zu überlassen. Denn, auch wenn Michael Wolffsohn, ehemals Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München, für seine Aussagen, der Bundeswehr drohe eine „Ossifizierung“ und aus dem Staatsbürger in Uniform werde das „Prekariat in Uniform“, sowohl vom damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière als auch vom Bundeswehrverband massiv Schelte bekam, besteht im Militär offensichtlich selbst die Sorge, nur noch jene rekrutieren zu können, die in der „freien Wirtschaft“ keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekommen.<sup>10</sup> Dabei geht es einerseits um die Befürchtung, langfristig nicht genug Soldaten rekrutieren zu können – es geht der Militärelite aber mit Sicherheit auch um das Ansehen ihres Berufstandes: „Die Befürchtung, es könne am unteren Ende der gesellschaftlichen Skala eine selektive Wehrpflicht wirksam werden, die insbesondere sozial und wirtschaftlich Schwächere in die Streitkräfte drängt, treibt nicht zuletzt die Militärelite um, die befürchtet, eine solche Entwicklung [...] gefährde ihr soziales Standing“.<sup>11</sup>

Die Friedens- und antimilitaristische Bewegung weist immer wieder darauf hin, dass die Realität des Soldaten Krieg ist und die Bundeswehr ihr Versprechen vom „sicheren Arbeitsplatz“ nicht hält. Dabei muss die Bewegung enger mit Arbeitsloseninitiativen und anderen Gruppen, die gegen die Prekarisierung in Deutschland kämpfen, zusammenarbeiten. Denn, so lange es Menschen gibt, die sich als Soldat verpflichten, um der Arbeitslosigkeit und dem Druck durch die Arbeitsagenturen zu entgehen, so lange wird es genügend Nachwuchs für die Kriegseinsätze der Bundeswehr geben.

## Anmerkungen

- 1 vgl. Schürkes, Jonna/ Humburg, Heiko/ Wagner, Jürgen: Sozialabbau und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr, W&F-Dossier 58, 2008.
- 2 Hennig, Jana: Attraktivität der Mannschaftslaufbahn der Bundeswehr, ZMS, Dezember 2013.
- 3 Leonhardt, Nina/ Biehl, Heiko: Beruf: Soldat, in: Leonhardt, Nina u.a. (Hrsg.), Militärsoziologie – Eine Einführung, S. 414, Wiesbaden, 2012.
- 4 Genaue Zahlen zu Bewerbungen, Einstellungen und Kündigungen von FWDlern (allerdings nur für 2012) finden sich in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken „Umsetzung des Freiwilligen Wehrdienstes in den Jahren 2012 und 2013“, BT-Drs: 17/14082, 25.06.2013.
- 5 Wiegold, Thomas: Kündigung im freiwilligen Wehrdienst: Ein Drittel sieht keine Perspektive in der Truppe, Augen Geradeaus, 17.06.2013.
- 6 Bericht des Wehrbeauftragten 2013, BT-Drs: 18/300, 28.01.2014.
- 7 Dem freiwilligen Wehrdienst droht das Aus, Die Welt, 16.08.2013.
- 8 Kooperation Bundeswehr und BA: Berufskunde mit Waffenschau, Dialog 4/2014, URL: <http://kritischerkommilitone.wordpress.com>
- 9 Die Karriereberatungsbüros in Ansbach, Aurich, Braunschweig, Coesfeld, Göttingen, Hagen, Hamm, Herford, Mainz, Mühlhausen, Neuruppin, Offenburg, Paderborn, Rheine, Rostock, Schwäbisch Gmünd, Siegen und Weilheim haben die gleiche Adresse wie die jeweiligen Arbeitsagenturen.
- 10 Vgl. beispielsweise das Interview mit dem ehemaligen Wehrbeauftragten des Bundestages Reinhold Robbe: „Es reicht nicht, ein paar Faltblättchen zu verteilen“, Tagesschau.de, 01.07.2011.
- 11 Leonhardt/ Biehl, 2012, S. 422, 2012.



Arbeitsagenturen und Bundeswehr Hand in Hand. Bild: Michael Schulze von Glaßer